

Dr. Roger Schlegel /Humboldt Universität, Berlin/

Ein Werktätiger, der im gesellschaftlichen Arbeitsprozess einen Körperschaden erleidet bedarf der besonderen Fürsorge der Gesellschaft. Sie muss solidarisch eintreten und den Schaden für ihn so gering wie möglich halten. Der bisherige Konferenzverlauf beweisen, dass in der sozialistischen Gesellschaft mit ihrem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln diese Forderung der Arbeiterklasse weitgehend erfüllt ist.

In einem noch höheren Masse ist diese Forderung berechtigt, wenn der Arbeitsunfall durch ein pflichtwidriges Verhalten des Betriebes verursacht wurde, wenn der Betrieb die ihm in Gesundheits- und Arbeitsschutz obliegenden Pflichten nicht erfüllt hat. In diesen Fällen der Pflichtverletzung ist es dann sogar erforderlich, über die normalen Leistungen hinaus weitere Leistungen zur sozialen Sicherheit für den Werktätigen zu erbringen. Diese Auffassung liegt dem § 98 Gesetzbuch der Arbeit der DDR zugrunde.

"Erleidet der Werktätige einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit, weil der Betrieb die ihm im Gesundheits- und Arbeitsschutz obliegenden Pflichten nicht erfüllt hat, so hat er gegen den Betrieb einen Anspruch auf Ersatz des ihm durch die Beeinträchtigung seiner Gesundheit und Arbeitsfähigkeit entstandenen Schadens".

Dieser Schadenersatzanspruch ergibt sich ohne Rücksicht auf das Vorliegen von Schuld. Ob der Betrieb die Pflichten schuldhaft oder ohne Verschulden nicht erfüllt hat ist rechtlich unerheblich. Ebenso unerheblich ist für diesen Schadenersatzanspruch die subjektive Seite beim Werktätigen, ganz abgesehen davon, dass im Arbeitsschutzrecht der DDR das Selbstverschulden der Werktätigen bei Arbeitsunfällen abgelehnt wird. Nur wenn der Werktätige durch Alkoholmissbrauch den Unfall verursacht oder gar durch eine vorsätzliche Handlung herbei-

geführt hat, ergibt sich eine andere Situation. Dann fehlt es schon am Tatbestand "Arbeitsunfall", weil z.B. der ursächliche Zusammenhang mit der Betriebstätigkeit bzw. das plötzliche, von aussen einwirkende Ereignis fehlt.

Die Haftung des Betriebes beruht somit nicht auf dem Schuldprinzip /auch nicht Schuldvermutung/, sondern auf dem Verursachungsprinzip /Verursachung durch Pflichtverletzung/. Das ist gewissermassen eine Sonderregelung in Gesetzbuch der Arbeit, weil in allen anderen Fällen des Eintritts der Verantwortlichkeit im Arbeitsrecht die Schuld neben der Pflichtverletzung Voraussetzung ist.

Diese Besonderheit erklärt sich aus der oben getroffenen Feststellung über das ausgeprägte solidarische Handeln der Gesellschaft, wenn Betriebe pflichtwidrig handeln. Die grosse Fürsorge zur Gewährleistung einer maximalen Sicherheit der Werk tätigen im Produktionsprozess muss auch in der Regelung einer hohen sozialen Sicherheit, wie sie § 98 GBA trifft, zum Ausdruck kommen.

Die Pflichten des Betriebes im Gesundheits- und Arbeitsschutz sind vielfältig geregelt. Wir finden sie in gesetzlichen Bestimmungen vom Gesetzbuch der Arbeit, bis zu den Arbeits- und Brandschutzanordnungen ebenso wie in kollektivvertraglichen Vorschriften und betrieblichen Ordnungen. Durch wen die Pflichten im Betrieb verletzt werden, ist für den Rechtsanspruch des Werk tätigen unerheblich. Der Betrieb kann nur durch das Handeln seiner Betriebsangehörigen wirksam werden. Ob nun ein Werk tätiger mit oder ohne Leitungsfunktion pflichtverletzend gehandelt hat, immer hat der Betrieb gehandelt. Er kann seine Verantwortung nicht auf einen bestimmten Personenkreis beschränken, sondern sie erstreckt sich auf alle im Betrieb beschäftigten Mitarbeiter. Die Handlung eines Mitarbeiters ist Handlung des Betriebes. Selbst dann, wenn sie nicht mehr im ursächlichen Zusammenhang mit der Betriebstätigkeit steht. Z.B. bei Spielereien wenn hierdurch eine unbeteiligter Werk tätiger einen Arbeitsunfall erleidet.

Das Oberste Gericht der DDR ist mit einer Entscheidung vom 1.9.1971. sogar noch weiter gegangen: Für die Feststellung, dass der Betrieb die ihm im Gesundheits- und Arbeitsschutz obliegende Pflicht nicht erfüllt hat, ist nicht erforderlich, dass die dem Arbeitsunfall zugrunde liegenden Pflichtverletzungen im Gesundheits- und Arbeitsschutz von Mitarbeitern des Beschäftigungsbetriebes des Geschädigten selbst und in diesem Sinne vom Beschäftigungsbetrieb begangen wurde. Der Beschäftigungsbetrieb kann sich dem Geschädigten gegenüber nicht darauf berufen, dass nicht er die ihm im Gesundheits- und Arbeitsschutz obliegenden Pflichten verletzt habe, sondern ein Dritter, der im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen am gleichen Objekt beschäftigt war bzw. hierfür Arbeiten ausführte.

Dieser Grundsatz ist von weittragender Bedeutung für die soziale Sicherheit des geschädigten Werktätigen. Der Beschäftigungsbetrieb trägt Verantwortung im Gesundheits- und Arbeitsschutz auch dann, wenn Betriebangehörige bei der Erfüllung von Arbeitsaufgaben Einwirkungen ausgesetzt sind, die von Dritten ausgehen. Der Werktätige muss sich nicht selbst mit den ausserhalb des Beschäftigungsbetriebes stehenden Dritten über die Verletzung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes und die daraus erwachsenden Konsequenzen nach zivilrechtlichen Bestimmungen auseinandersetzen.

Für ein hochentwickeltes Industrieland ist die zunehmende Arbeitsteilung typisch, die Verflechtung der sozialistischen Betriebe untereinander nimmt ständig zu. In den Leuna-Werken z.B. arbeiten ständig tausende von Nichtbetriebsangehörigen im Dauerauftrag als Monteure, Instandhalter usw. Gemeinsam mit den Leuna-Arbeitern, aber auch gemeinsam mit Werktätigen anderer Betriebe benutzen als die Arbeitsstätten ihrer Vertragspartner. Hier bestehen wirtschaftsrechtliche Beziehungen zwischen den Betrieben, die auf abgeschlossenen Wirtschaftsverträgen beruhen. Gemäss dem Vertragsgesetz der DDR /§ 39/ müssen Regelungen über den Arbeitsschutz, Inhalt des Vertrages werden. Auch wenn das unterbleibt, gelten die einschlägige Bestimmungen

Kraft Gesetzes. Das bedeutet, dass grundsätzlich die Rechtsnormen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes bei der Erbringung der Leistungen von den Vertragspartnern einzuhalten sind. Auch aus dieser Sicht ergibt sich die Richtigkeit der Entscheidung des Obersten Gerichts. Bei dieser Entscheidung kann man aber noch nicht stehenbleiben. Auch die Werkstätigen, die anderweitig durch Pflichtverletzung Dritter Schäden erleiden, gaben das gleiche Bedürfnis nach sozialer Sicherheit aus

So z.B. die Betriebsangehörigen, die ausserhalb des Betriebes eingesetzt sind: Postboten, Kohlenausträger, Reparaturmechaniker. Aber auch die Werkstätigen gehören hierzu, die zwar nicht ausserhalb des Betriebes, aber dafür mit Publikumsverkehr und Gästen zu tun haben: Kellner, Mitarbeiter des Verkehrswesen, Banken, Sparkassen usw. Ist nicht gerade dieser Kreis grösseren Gefahren ausgesetzt und bedarf des besonderen Schutzes? In der ersten Gruppe hat z.B. der Kohlenausträger ständig eine neue Arbeitsplatzsituation zu meistern. Wenn die schlechtbeleuchtete und ausgetretene Kellertreppe Ursache eines Unfalles ist, so ist das ein Arbeitsunfall durch Pflichtverletzung im Gesundheits- und Arbeitsschutz durch einen Dritten /Kunden/, der Vertragspartner des Beschäftigungsbetriebes ist.

Im Sinne des genannten Urteiles des Obersten Gerichts liegt hier Pflichtverletzung des Beschäftigungsbetriebes vor. Wenn der Beschäftigungsbetrieb objektiv die Möglichkeit der Einflussnahme auf den Dritten, seinem Vertragspartner hatte. Können die Vertragspartner die Arbeitssicherheit im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht garantieren, so müssen die Betriebe ihrerseits Massnahmen einleiten, um die Werkstätigen vor Gesundheitsgefahren zu schützen.

Es ergibt sich somit, dass nicht nur beim Bestehen wirtschaftsrechtlicher Verträge, sondern auch bei zivilrechtlichen Verträgen der Beschäftigungsbetrieb für Pflichtverletzung seines Vertragspartners auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes haften muss.

Besonders bei der angeführten zweiten Gruppe wird das noch deutlicher, so z.B. bei den Beschäftigten im Verkehrswesen.

Zugschaffner sind gelegentlich Einwirkungen ihrer Fahrgäste ausgesetzt. Für den Zugschaffner ist der Schlag eines Fahrgastes, der seine Fahrkarte nicht vorzeigen will, Ursache seines Arbeitsunfalles. Die Reichsbahn hat mit diesem Fahrgast einen Beförderungsvertrag abgeschlossen, wodurch der Reisende nicht nur Rechte, sondern u.a. die Pflicht hat, die Beförderungsbedingungen einzuhalten. Seine Vertragsverletzung ist Pflichtverletzung eines Dritten, für die die Reichsbahn als Beschäftigungsbetrieb einzustehen hat.

Der Betrieb hat nur dann für Pflichtverletzung Dritte nicht einzustehen, wenn keine vertraglichen Beziehungen und auch tatsächlich objektiv keine Möglichkeiten der Einflussnahme zum pflichtgemässen Verhalten bestanden. Hier kann nur eine künftige Gesetzgebung die wünschenswerte Änderung bringen, um dadurch allen Werkträgern über den arbeitsrechtlichen Schadenersatzanspruch eine hohe soziale Sicherheit nach § 98 GBA zu garantieren.

Bis dahin jedoch bietet § 97 GBA eine bedeutende Hilfestellung für geschädigte Werkträger. Diese Bestimmung verpflichtet die Betriebe, dem Werkträgern Unterstützung und Hilfe zu gewähren, wenn er einen Arbeitsunfall erleidet. Hierunter ist auch jegliche Unterstützung bei der Durchsetzung der Schadenersatzansprüche der Werkträgern zu verstehen. Das führt zu keinen ernsthaften Schwierigkeiten für die Betriebe, da sie einerseits sowieso gehalten sind, ihre Schadenersatzansprüche gegen den Schädiger geltend zu machen. Die Unterstützung und Hilfe sollte sich dann nicht nur in juristischer Beratung erschöpfen, sondern möglichst die Durchsetzung des Anspruchs umfassen. Die wirksamste Hilfe ist jedoch dann gegeben, wenn der Betrieb im Interesse der sozialen Sicherheit dem Werkträgern den Schaden ersetzt und nunmehr an die Stelle des Werkträgern tretend /Forderungsabtretung/ diesen Schadenersatzan-

spruch des Werktätigen gemeinsam mit seinem eigenen Schadenersatzanspruch /wegen Lohnausgleichszahlung/ beim Schädiger geltend macht.

Dr. Milan Závacky, Universität, Brno

Die Folgen der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten verursachen für die Gesellschaft ausserordentlich hohe, direkte Ökonomische Verluste in Form vom Aufwand der Kosten für die ärztliche Behandlung, Rehabilitation, Leistungen der Sozialversicherung und Schadenersatz. Ausserdem sind nicht ohne Bedeutung die indirekten Schäden, die durch die Absenz der Werktätigen in dem Arbeitsprozess entstehen. Diese können wir sogar nicht immer Ökonomisch festlegen.

In der sozialistischen Gesellschaft muss man jede Bedrohung der Gesundheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit als Eingriff in den Prozesse der Reproduktion und den Folgen für die Arbeitskraft, betrachten. Der Schutz der Gesundheit des Werktätigen wird damit zum gleichwertigen und untrennbaren Bestandteil von organisieren der Reproduktion, die Leitung der Arbeitsprozesse ausführen - von den leitenden Strukturen der Gesellschaft bis zu ihren niedrigsten Gliedern. Die Träger der rechtlichen Verpflichtungen zur Sicherstellung der Bedingungen zur Durchführung der sicheren und Gesundheit unschädlichen Arbeit, werden alle Leitungsorgane in der Organisationen, Organen des mittleren Leitungsgliedes / die Generaldirektionen / und Organen der staatlichen Verwaltung. Entsprechend der Verteilung der Pflichten bei Sicherstellung der Bedingungen, wird die Verantwortung bestimmt.

Die Gewerkschaften setzen zwischen den verschiedenen Interessen der Werktätigen, die sie repräsentieren, auch die Interessen an den Arbeitsbedingungen, die ihr Leben und Gesundheit nicht gefährden durch. Nicht nur in der engen Auffas-